



Gemeindeamt

**W A T T E N B E R G**

6113 Wattenberg – Bez. INNSBRUCK-Land

TELEFON: 05224 / 52230

FAX: 05224 / 52230-19

E-Mail: [bgm@wattenberg.gv.at](mailto:bgm@wattenberg.gv.at)

## Protokoll Nr. 27 der Gemeinderatssitzung vom 18.04.2024

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 19:02 Uhr

**Anwesend:** Vbgm Ing Thomas Wopfner

GR Josef Steinlechner, GR Rudolf Schmadl, GV David Steinlechner, GRin Sylvia Farbmacher, GRin Christine Bachler, GR Dominik Mair, GR Andreas Mair, ErsatzGR Wilbur Videgard, ErsatzGR Martin Erler, ErsatzGR Lukas Gstir

**Abwesend:**

**Entschuldigt:** Bgm Franz Schmadl, GRin Daniela Fröhlich, GRin Patricia Erler

### 1. Eröffnung und Begrüßung durch Vbgm Thomas Wopfner

Vbgm Thomas Wopfner begrüßt den anwesenden Gemeinderat und die anwesenden Zuhörer\*innen.

### 2. Verlesung der Tagesordnung

Vbgm Thomas Wopfner verliest die Tagesordnung.

#### **Tagesordnung:**

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Verlesung der Tagesordnung
3. Antrag § 34 TGO - Voranschlag 2024 – Beschlussfassung
4. Antrag § 34 TGO – Beschlussaufhebung – Solarförderung – Beschlussfassung
5. Antrag § 34 TGO – Beauftragung Planungsleistung – PV – Anlage – Beschlussfassung
6. Anträge, Anfragen und Allfälliges

Vbgm Thomas Wopfner beantragt TOP 4 vorzuziehen, da die Aufhebung des Beschlusses über die Gewährung einer Solarförderung vor dem Beschluss über den Voranschlag 2024 TOP 3 erfolgen sollte.

**Ja-Stimmen: 11**

**Nein-Stimmen: 0**

**Enthaltungen: 0**

Der Vbgm fragt, ob es weitere Anträge bzgl. Tagesordnung gibt. Dies ist nicht der Fall.

Vbgm Thomas Wopfner bringt dem Gemeinderat folgendes Email von Bgm Franz Schmadl zur Kenntnis. Um zu erklären, warum der Vbgm heute den Bgm vertrete.

An den Gemeinderat,



Gemeindeamt

**W A T T E N B E R G**

6113 Wattenberg – Bez. INNSBRUCK-Land

TELEFON: 05224 / 52230

FAX: 05224 / 52230-19

E-Mail: [bgm@wattenberg.gv.at](mailto:bgm@wattenberg.gv.at)

die morgige, von den Listen Zukunft- und Unser Wattenberg per § 34 TGO beantragte Gemeinderatsitzung ist wie gefordert mit Beginn um 18.00 Uhr ausgeschrieben.

In einer Vorbesprechung und in einer Ü – Ausschusssitzung wollte ich den Gemeinderat darauf hinweisen, dass der zur Beschlussfassung vorbereitete Voranschlag nicht den gesetzlichen Vorgaben entspricht. Dies war mir aber nicht möglich, da die Gemeinderät\*innen der Listen Zukunft- und Unser Wattenberg eine Einladung zu einer Besprechung demonstrativ verweigerten. Die nach § 48 Abs. 3 TGO einberufene Ü – Ausschusssitzung wurde noch vor dem ersten Tagesordnungspunkt per Antrag durch die Mitglieder der Listen Zukunft- und Unser Wattenberg auf unbestimmte Zeit vertagt.

Es liegt daher ein nicht ausreichend besprochener Voranschlag 2024 vor. Vorliegende Rechnungen werden darin als zu erwartende Kosten nicht anerkannt.

Damit sendet die Gemeinde ein Signal aus, dass man vorliegende Rechnungen mit nachvollziehbaren Leistungen nicht bezahlt.

Dies schädigt den Ruf unserer Gemeinde. (wer will mit so einer Gemeinde privatwirtschaftlich zusammenarbeiten?) Dieses Verhalten provoziert ein Inkassoverfahren und einen weiteren unsinnigen und teuren Rechtsstreit.

Dieser Voranschlag widerspricht damit auch § 7 der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 2015.

Weiter Mängel dieses Voranschlages sind:

- Eine offene Finanzierung von € 133.000 für zwingende Bescheidaufgaben bei den Oberflächenwasserkanälen Keilfeld und Obertax/Eggerbach
- Die Verwendung von KIG – Mitteln für HW -Schäden
- Das außer Acht lassen eines sanierungsbedürftigen Straßenabschnittes, bei dem Gefahr in Verzug vorliegt.

Da diese und weitere, in diesem E-Mail nicht aufgezählte Mängel einfach ignoriert werden, bin ich nicht bereit, diesen Voranschlag zur Abstimmung zu bringen.

Ich lasse mein Mandat von Lukas Gstir vertreten und alles weitere ist in § 31 Abs. 3 TGO geregelt.

Ich habe auch einen Bürgermeistereid abgelegt und lasse mich nicht zu gesetzeswidrigen Beschlussfassungen, die der Gemeinde nachweislich schaden, zwingen.

Ich bin zudem um 18.00 Uhr verhindert und werde für die GR – Sitzung um 20.00 Uhr zur Verfügung stehen.

Mit freundlichen Grüßen Bgm Franz Schmadl

### **3. Antrag § 34 TGO – Beschlussaufhebung – Solarförderung – Beschlussfassung**

Vbgm Thomas Wopfner erklärt, aufgrund des Umstandes, dass vorwiegend PV-Anlagen gebaut werden, sei die Förderung für Solaranlagen herauszunehmen.



Gemeindeamt

**W A T T E N B E R G**

6113 Wattenberg – Bez. INNSBRUCK-Land

TELEFON: 05224 / 52230

FAX: 05224 / 52230-19

E-Mail: [bgm@wattenberg.gv.at](mailto:bgm@wattenberg.gv.at)

Auch der zweite Teil dieses Beschlusses – einer Energieberatung sei ebenfalls herauszunehmen. Die Energieberatung ist durch die Energie Tirol ohnehin gratis. Die Beschlüsse dazu sollten daher noch vor Beschluss des Voranschlages 2024 aufgehoben werden. Der Beschluss für die Förderung von Solaranlagen wurde 2005 und der Beschluss für die Förderung einer Energieberatung wurde 2010 gefasst. Die Förderung von Solaranlagen müsste man mit der Förderung von PV-Anlagen gleichstellen und dafür gäbe es von Bund und Land ausreichend Förderungen. Daher war der mehrheitliche Entschluss diese Förderungen herauszunehmen.

GR Josef Steinlechner bemerkt, dass es von Zukunft- und Unser Wattenberg geheißen habe, die Solarförderung berücksichtige man nicht mehr im Voranschlag 2024. Dann habe der Bgm gesagt, es gibt für diese Förderungen Beschlüsse und er sei dadurch verpflichtet, diese auszuzahlen. Daher habe nun die Mehrheit die Aufhebung der Beschlüsse beantragt. Er wisse auch, dass diese Förderung in letzter Zeit nicht mehr oft abgerufen wurde. Er wäre aber der Meinung, wenn man diese Förderung nicht mehr bezahlen will, solle man sich überlegen, die Förderung durch eine andere, zB. für PV-Anlagen zu ersetzen. Bei den umliegenden Gemeinden gibt es bei den Meisten Förderungen für PV-Anlagen in verschiedenen Höhen. Diese nun gestrichene Förderung hätte man für PV-Anlagen erweitern können. Das Geld einfach zu streichen war eine mehrheitliche Entscheidung.

GR Rudolf Schmadl findet, der Betrag war mit € 500 relativ gering. Viel konnte man damit nicht fördern. Die Gemeinde hat derzeit einen Schuldendienst von € 182.900. Wäre dieser geringer, könnte man mehr fördern. Man habe es momentan nicht so dick mit dem Geld. Deshalb müsse man Prioritäten setzen. PV-Anlagen sind wichtig. Man starte jetzt mit einer PV-Anlage auf den Gemeindegebäuden.

GRin Christine Bachler findet, in Zeiten wo es ständig um Umweltschutz gehe, finde sie es einen Wahnsinn, wenn man Solarförderungen abschaffe. Wenn man über Co2 Ausstoß diskutiere und gleichzeitig Umweltförderungen herausnehme. Da sei man wohl die einzige Gemeinde, die in solchen Zeiten Umweltförderungen streiche. Sie finde, thermische Solaranlagen machen nach wie vor Sinn und daher sei sie gegen die Streichung dieser Förderung.

GR Rudolf Schmadl sagt, es sind immerhin € 500, die eingespart werden.

Vbgm Thomas Wopfner wiederholt sich und meint, man müsste es gleichstellen mit einer Förderung für PV-Anlagen und dieses Budget stehe derzeit nicht zur Verfügung. Es gebe derzeit ausreichend Landes- und Bundesförderungen.

**Der Gemeinderat der Gemeinde Wattenberg beschließt den Beschluss über die Gewährung von Förderungen für Solaranlagen vom 25.07.2005 (Protokoll 236/7), sowie den Beschluss vom 03.05.2010 (Protokoll 274/8) über die Förderung von individueller Energieberatung aufzuheben.**

**Ja-Stimmen: 7**

**Nein-Stimmen: 4**



Gemeindeamt

**W A T T E N B E R G**

6113 Wattenberg – Bez. INNSBRUCK-Land

TELEFON: 05224 / 52230

FAX: 05224 / 52230-19

E-Mail: [bgm@wattenberg.gv.at](mailto:bgm@wattenberg.gv.at)

## **Enthaltungen: 0**

GR Josef Steinlechner erklärt, er habe dagegen gestimmt. Für ihn sei es kein zeitgemäßes Vorgehen, eine Solarförderung abzuschaffen.

GRin Sylvia Farbmacher erklärt, sie habe ebenfalls dagegen gestimmt. Aus ihrer Sicht hätte man sich beim Absetzen dieser Förderung im Vorfeld eine andere Förderung überlegen müssen.

## **4. § 34 TGO - Voranschlag 2024 – Beschlussfassung**

Vbgm Thomas Wopfner geht auf den einen oder anderen Punkt, aus dem von Bgm Franz Schmadl übermittelten E-Mail, ein.

Bzgl. der vorliegenden Rechnungen handelt es sich um Rechnungen von einem Rechtsanwalt. Warum man diese nicht anerkennt, obwohl sie vorliegen, hat damit zu tun, dass die Beauftragungen ohne Gemeinderatsbeschluss erfolgt sind. Er stelle daher die Berufung auf § 7 VRV 2015 als fragwürdig hin. Diese Rechnungen nachträglich mit dem Budget zu legitimieren sei ebenfalls zu hinterfragen. Lt. TGO sind die Mittel vorher vom Gemeinderat zu genehmigen.

Bzgl. der offenen Finanzierungen der Bescheid-Auflagen bemerkt Vbgm Thomas Wopfner, man habe einen Beschluss am 25.03.2024 gefasst. Damit wurde der Güterwegebau beauftragt, um die Versäumnisse aus der Vergangenheit einzufangen. Diese Projekte werden Zug um Zug gestartet. Man habe priorisieren müssen. Es stimme, dass in der Vergangenheit Dinge liegen geblieben sind. Aus welchen Gründen auch immer. Das brauche man nicht eruieren. Man könne nicht alles gleichzeitig machen. Die Bescheid-Auflagen haben am 25.03.2024 Platz beim Beschluss über das Budget Platz gefunden. Wenn da etwas hinten geblieben sei, dann müsse man in die Vergangenheit schauen. Es gäbe einen Bescheid seit 2021 und nach Beschluss des Budgets sei der Güterwegebau zu beauftragen.

GR Josef Steinlechner erklärt dazu, bei der Vorgehensweise, wie mit vorliegenden Rechnungen umzugehen sei, gibt es eindeutige Kommentare der Aufsichtsbehörde. Wenn Rechnungen vorliegen, bei denen der Gemeinderat glaubt, sie seien nicht ordnungsgemäß beauftragt, so sind diese trotzdem zu zahlen und im Zweifel sind sie im Nachhinein zu regressieren. Betreffend die Versäumnisse gehe es um folgende Dinge:

GR Rudolf Schmadl stelle den Schuldendienst sehr polemisch dar. Er rechne diese nie hinein und erkläre die Zahlungen für Schuldendienst und Zinsen als Zinszahlungen.

Bzgl. Bescheid 2021 handle es sich um ein Versäumnis, welches über 20 Jahre zurückliegt. Bei der Errichtung des Außerbergweges durch den Güterwegebau wurden zwei Bäche zusammengeführt und diese müssen nun wieder



Gemeindeamt

## **W A T T E N B E R G**

6113 Wattenberg – Bez. INNSBRUCK-Land

TELEFON: 05224 / 52230

FAX: 05224 / 52230-19

E-Mail: [bgm@wattenberg.gv.at](mailto:bgm@wattenberg.gv.at)

auseinandergeleitet werden. Dieser Umstand sei aufgefallen, als im Bereich Obertax gebaut wurde. Wenn man dies als Versäumnis darstellen will, dann sei es ein Versäumnis aus anno Schnee. Der Bescheid sei aus 2021 und wurde verlängert. Jetzt laufe er eben aus.

Vbgm Thomas Wopfner erklärt, er habe die Versäumnisse nicht bewertet.

GR Josef Steinlechner hält fest, bei der letzten GR-Sitzung habe GRin Daniela Fröhlich diese sehr lautstark bewertet. Auch GR Rudolf Schmadl habe das Thema Zinsen schon mehrmals falsch dargestellt. Man müsse bei der Wahrheit bleiben und herausrechnen, was Zinsen und was Rückzahlungen für kurzfristige Finanzierungen von GAF-Mitteln sind.

Vbgm Thomas Wopfner erklärt zu den offenen Rechnungen. Man wolle diese nicht mit dem Budget verknüpfen. Es gibt keine Mehrheit dafür, die Rechnungen von Mag. Kapferer in das Budget aufzunehmen. Was nach dem Budgetbeschluss passiere, wird sich zeigen.

GR Josef Steinlechner sagt, dies sei trotzdem nicht richtig. Es war auch nicht richtig, die Einnahmen von der Kapellenförderung aus dem Budget herauszunehmen. Dies sei ein rechnerischer Fehler. Dieses Budget habe für ihn Lücken und Rechenfehler. Nachdem keine Ausgaben enthalten sind, gibt es für den Vbgm. auch keine Einnahmen.

Weiters ergänzt GR Josef Steinlechner, die Einnahmen sind bereits geflossen. Da aber die Listen Zukunft- und Unser Wattenberg zu den Gesprächen nie gekommen sind bzw. die Sitzungen vorzeitig abgebrochen haben, konnte man ihnen diese Sachverhalte nie erklären. Die Gespräche, zu denen der Bgm. eingeladen habe, wurden verweigert. Dies sei, aus Sicht von GR Josef Steinlechner, demokratisch bedenklich. Der Bgm. hat nach der Verweigerung des ersten Gespräches dem Gemeinderat mitgeteilt, er wolle das Budget so nicht beschließen. Er habe in Folge nach § 48 TGO eingeladen. Dann wurde diese von den Listen Zukunft- und Unser Wattenberg per Antrag vertagt. Dies sind alles Mittel, wie man sich vor einem Gespräch drückt.

Wenn sich die Listen Zukunft- und Unser Wattenberg dafür wählen ließen, um nicht mit dem Gemeinderat und mit dem Bgm reden zu müssen, dann müsse das Budget ohne Vorgespräch beschlossen werden.

Im Wahlkampf haben sich die Listen Zukunft- und Unser Wattenberg beschwert, es werde über alles drübergefahren. Jene Listen die jetzt nicht einmal mehr reden wollen.

GR Rudolf Schmadl habe es, nach seinen Angaben, zehnmal dem Bgm erklärt. Er habe es auch Dr. Gschnitzer erklärt. Für ihn sind die Argumente ausgetauscht. Auf Seite 139 stehe, die Gemeinde Wattenberg muss heuer € 182.900 zahlen. Wären dies nur € 150.000, dann hätte man € 32.000 für andere Investitionen. € 182.900 sind heuer im Budget für Zinsen und Tilgung der Kredite. Auf Seite 138



Gemeindeamt

**W A T T E N B E R G**

6113 Wattenberg – Bez. INNSBRUCK-Land

TELEFON: 05224 / 52230

FAX: 05224 / 52230-19

E-Mail: [bgm@wattenberg.gv.at](mailto:bgm@wattenberg.gv.at)

sieht man, für welche Kredite die großen Summen sind. Diese sind für den Schulhausumbau, für die Gemeindewohnung, Zwischenfinanzierung Infrastruktur...

GR Josef Steinlechner wirft ein und erwähnt, wie GR Rudolf Schmadl vorgelesen habe, handle es sich bei der Infrastruktur um eine Zwischenfinanzierung und nicht um Darlehen. Bei der Zwischenfinanzierung gehe es um GAF-Mittel, welche zwei Jahre zwischenfinanziert wurden. Dies sei kein Darlehen und kein Schuldendienst. Dies sind Zahlenverdrehungen, mit denen versucht werde Halbwahrheiten unter die Leute zu bringen. GR Rudolf Schmadl sprach zuerst von € 182.900 Zinsen. Weil man dies anzweifelte, spricht er jetzt richtigerweise von Zinsen und Schuldendienst.

Man wolle damit vermitteln, durch den Bau des KiVZ werde ein immenser Schuldenberg hinterlassen. Dies ist nicht wahr. Jene Summe betreffend KiVZ liegt unter € 500.000. Wie könne die Gemeinde bei einem Kredit von über € 500.000 in einem Jahr € 182.000 zurückzahlen? Dass dies nicht stimme, rechnet sich jeder Häuslbauer aus. Die Gesamtkreditsumme vom KiVZ, incl. Feuerwehrhaus und incl. Wertstoffsammelstelle liege unter € 500.000. Es gebe Private, die mehr als € 500.000 Schulden haben. Er glaubt nicht, dass man der Wattenberger Bevölkerung weiß machen müsse, man zahle über € 170.000 für einen Kredit von € 500.000 zurück. Wäre dies so, hätte man in 3 Jahren alles zurückbezahlt.

GR Rudolf Schmadl betont, heuer fehle das Geld.

GRin Christine Bachler erklärt, das Budget sei nicht nur deswegen mehrheitlich, weil die Rechnungen von Mag. Kapferer nicht in das Budget aufgenommen wurden. In Wahrheit sind so viele Punkte in diesem Budget, die nicht mitgetragen werden können. Man hätte alles ausreden können. Dies wollten die Listen Zukunft- und Unser Wattenberg nicht. Dies ist der Grund, warum die Bürgerliste nicht mitgehen kann.

GR Andreas Mair findet es einen Wahnsinn, dass der Bgm. Mag. Kapferer einfach angestellt habe. Die Bürgerliste habe im Alleingang gehandelt. Über € 14.000 sollten die Listen Zukunft- und Unser Wattenberg durchwinken. Er fragt GRin Christine Bachler, ob ihr dies egal sei.

GRin Christine Bachler glaubt, GR Andreas Mair habe sie nicht verstanden oder ihr nicht zugehört. Inhaltlich habe sie gesagt, nicht die Rechnungen vom Rechtsanwalt seien die Schuld. Diese wurden nun auch von GR Andreas Mair verwendet, um populistisch zu agieren. Das Budget ist wegen vieler anderer Punkte nicht mehrheitlich.

Vbgm Thomas Wopfner erklärt, es gab 4 Budgetgespräche mit mehreren Versionen des Budgets. Der Bürgermeister habe am 14.03.2024 seinen Entwurf aufgelegt und die Listen Zukunft- und Unser Wattenberg beschlossen dazu 26 Änderungen. Es wurde geredet und man habe nicht verweigert.

GR Josef Steinlechner hält fest, zwei Gespräche wurden verweigert.

Vbgm Thomas Wopfner erklärt, es war nichts mehr zu besprechen.



Gemeindeamt

**W A T T E N B E R G**

6113 Wattenberg – Bez. INNSBRUCK-Land

TELEFON: 05224 / 52230

FAX: 05224 / 52230-19

E-Mail: [bgm@wattenberg.gv.at](mailto:bgm@wattenberg.gv.at)

GR Josef Steinlechner erklärt, es hätte noch viel zu besprechen gegeben. Eine Seite sagt, es gibt nichts mehr zu besprechen. Gespräche sind aber immer zweiseitig. Der Bgm habe einmal den gesamten Gemeinderat zu einem Gespräch eingeladen. Dann erhielt er von den Listen Zukunft- und Unser Wattenberg eine E-Mail, es gebe nichts mehr zu besprechen. Dann habe er noch nach § 48 TGO eingeladen und diese Sitzung wurde per Antrag vertagt. Es sei nicht herzeigbar und auch nicht demokratisch, wenn man hergehe und sage, wir fahren einfach drüber. Genau dies, was die die Listen Zukunft- und Unser Wattenberg bei der Bevölkerung immer bemängelten.

GV David Steinlechner freut es, dass GR Josef Steinlechner über Gesprächskultur rede. In den Ausschüssen sei man weit weg von einer sachlichen Diskussion. Man müsse für eine PV-Anlage einen Elektroplaner anstellen und dabei habe man mit Josef Steinlechner einen Elektromeister im Ausschuss sitzen. Dieser arbeite nur dagegen.

GR Josef Steinlechner widerspricht dem. Er sei zu jedem Gespräch gekommen, zu dem er eingeladen wurde. Er sei immer da, höre immer zu und sage immer seine Meinung.

Vbgm Thomas Wopfner erklärt dazu, dass die Vertagungen demokratisch waren.

Dem widerspricht GR Josef Steinlechner nicht. Aber es war eine Gesprächsverweigerung. Vielleicht auch, weil der dritte Tagesordnungspunkt, eine Abrechnung war, die den Kulturausschussobmann Andreas Mair betroffen hätte. Es bleibe für ihn, bei aller Berufung auf eine demokratische Entscheidung, trotzdem die Frage offen - wieso verweigert man ein Gespräch?

Ersatzgemeinderat Lukas Gstir sagt, die Listen Zukunft- und Unser Wattenberg wollen die Kosten der bereits vorliegenden Rechnungen nur mit dem Budget nicht legitimieren. Dieses Argument höre er zum ersten Mal. Damit sehe er eher ein Verständnisproblem. Es sei eine klare Vorgabe, die erwartbaren Kosten in das Budget aufzunehmen. Eine vorliegende Rechnung sei eindeutig erwartbar. Da sehe er auch den Bedarf. Wenn es so stimme, dass diese Aufträge nicht ordnungsgemäß vergeben wurden, dann könne man sich dies auch im Nachhinein anschauen. Dies habe aber mit dem Budget nichts zu tun. Wenn man eine Rechnung vorliegen habe, dann müsse sich diese auch im Budget widerspiegeln. Ansonsten würde man das Budget fälschen. Er sehe das sehr kritisch.

GR Rudolf Schmadl behauptet, das Verständnisproblem sei auf der Seite von ErsatzGR Lukas Gstir. Das Problem ist, dass der Bgm eine Dienstleistung ohne Beschluss vom Gemeinderat beauftragt habe. Er überzeichne dies mit dem Beispiel, wenn der Bgm einen Ferrari kaufe und die Gemeinde bekäme dafür eine Rechnung von € 800.000. Diesen Betrag müsse man ins Budget aufnehmen. Der Grund für den Auftrag sei falsch, auch wenn Mag. Kapferer eine Rechtsberatung durchgeführt hat, bei der auch GR Rudolf Schmadl dabei war. So gibt es lt. GR Rudolf Schmadl keine Beauftragung für diese Dienstleistung.

Ersatzgemeinderat Lukas Gstir ist nach wie vor der Meinung, alle erwartbaren Kosten sind trotzdem in das Budget aufzunehmen. Wenn die Rechnung vorliegt,



Gemeindeamt

**W A T T E N B E R G**

6113 Wattenberg – Bez. INNSBRUCK-Land

TELEFON: 05224 / 52230

FAX: 05224 / 52230-19

E-Mail: [bgm@wattenberg.gv.at](mailto:bgm@wattenberg.gv.at)

muss sie in das Budget aufgenommen werden. Ansonsten sei dieses Budget gefälscht.

GR Josef Steinlechner erklärt zum Ferrari Beispiel, wenn dies so wäre, würde GR Rudolf Schmadl sofort Strafanzeige erstatten und dann wäre der Ferrari nicht mehr zu bezahlen. Die Aufsichtsbehörde erklärte deutlich, wenn der Gemeinderat der Meinung ist, dass Rechnungen vorliegen, deren Ausgaben nicht rechtens sind, dann sind sie aufgrund dessen, dass sie erwartbar sind, aufzunehmen und im Nachhinein zu regressieren.

Ersatzgemeinderat Martin Erler sagt dazu, diese Rechnungen sind nur für den Bgm erwartbar. Nicht aber für den Gemeinderat.

Ersatzgemeinderat Lukas Gstir fragt, ob die Listen Zukunft- und Unser Wattenberg nicht erwarten, dass man vorliegende Rechnungen zahlen muss.

GR Rudolf Schmadl erklärt, wenn er die Leistung nicht bestellt habe, brauche er sie nicht bezahlen.

Ersatzgemeinderat Lukas Gstir meint dazu, wenn dies so stimme, dann müsse man dies im Nachhinein beweisen. Es gehe aber nicht, dass man im Vorfeld Kosten verleugne. Dies mit irgendwelche Ferrari Beispiele zu begründen, sei weit hergeholt. Man müsse bei den Beispielen bleiben, die vorliegen. Dass sich der Bgm für so ein Budget nicht zur Verfügung stellt, verstehe Lukas Gstir.

GR Josef Steinlechner fügt hinzu, für den Bgm sei dieses Budget gesetzeswidrig. Denn wenn es so stimme, wie der Vbgm sagt, dass die Rechnungen vom Rechtsanwalt irgendwie gedeckt werden, dann hätte man es auch gleich machen können. Denn so werde das Budget gefälscht. Bei den Besprechungen hätte man dies auch sagen können. Er höre dies auch zum ersten Mal, dass die Mittel für den Rechtsanwalt angedacht seien.

**Der Gemeinderat beschließt den abgeänderten Voranschlag 2024 vom 25.03.2024 mit einer im Finanzierungshaushalt ausgewiesenen**

**Mittelaufbringung von: € 2 312.600**

**auf der Einnahmenseite**

**und eine Mittelverwendung von: € 2 383.600**

**auf der Ausgabenseite.**

**Der ausgewiesene Negativsaldo von € - 71.000**

**ist mit dem Kontostand per 31.12.2023 von € 73.139,38 abgedeckt.**

**Gleichzeitig beschließt der Gemeinderat dem im Entwurf 2024 ausgewiesenen Ergebnishaushalt mit einer**

**Mittelaufbringung von: € 2 298 000**

**auf der Einnahmenseite**

**und eine Mittelverwendung von: € 2 399 900**

**auf der Ausgabenseite.**



Gemeindeamt

**W A T T E N B E R G**

6113 Wattenberg – Bez. INNSBRUCK-Land

TELEFON: 05224 / 52230

FAX: 05224 / 52230-19

E-Mail: [bgm@wattenberg.gv.at](mailto:bgm@wattenberg.gv.at)

## **Der Finanzplan für die Jahre 2025 bis 2028 als weiterer Teil des Voranschlags setzt sich wie folgt zusammen:**

### **Finanzierungshaushalt:**

<b>Mittelaufbringung</b>	<b>Mittelverwendung</b>
<b>2025 € 2 117 600</b>	<b>€ 2 631 600</b>
<b>2026 € 2 216 800</b>	<b>€ 2 630 700</b>
<b>2027 € 2 052 100</b>	<b>€ 1 996 300</b>
<b>2028 € 2 063 400</b>	<b>€ 2 020 100</b>

### **Ergebnishaushalt:**

<b>Mittelaufbringung</b>	<b>Mittelverwendung</b>
<b>2025 € 2 258 500</b>	<b>€ 2 219 400</b>
<b>2026 € 2 226 600</b>	<b>€ 2 352 900</b>
<b>2027 € 2 058 100</b>	<b>€ 2 172 000</b>
<b>2028 € 2 066 600</b>	<b>€ 2 201 800</b>

**Ja-Stimmen: 7**

**Nein-Stimmen: 4**

**Enthaltungen: 0**

GRin Christine Bachler erklärt ihre Nein-Stimme damit, in diesem Budget werden bewusst Löcher aufgemacht. Es sind in Gebührenerhöhungen und Leistungskürzungen enthalten. Davon wisse die Öffentlichkeit nichts. Dieses Budget ist zum Teil gesetzeswidrig. Es wurde wahllos gekürzt. Leistungen die bisher immer Standard waren. Sonstige Ausgaben für Pensionsfeiern, Grünschnitt wurde gekürzt. Sie finde dieses Budget einen Skandal.

GV David Steinlechner sagt zu den Gebührenerhöhungen, man wisse wohl für was und wieso.

GR Josef Steinlechner sagt, GV David Steinlechner solle es sagen.

GV David Steinlechner erklärt, beim Wasser erfülle man nicht die Mindestgebühr, um Förderungen zu erhalten.

GRin Christine Bachler fragt, warum man beim Müll die Gebühren erhöhe.

GR Josef Steinlechner erklärt, er konnte für dieses Budget nicht mitstimmen, weil es rechtswidrig ist. Ob dies Auswirkungen habe, werde man sehen. Es sei auch so, es sei im mittelfristigen Finanzplan keine Lösung für das nach wie vor offene Gerichtsverfahren enthalten. Dies wird man irgendwie lösen müssen.

Man steuert sehenden Auges auf einen Zustand hin, der Schäden hinterlassen werde. Er finde auch, dass mehrere Budgetposten gekürzt wurden. Unter anderem Wasser, Müll, Grünschnitt. Wie ernst solle man dies nehmen. Er komme



Gemeindeamt

**W A T T E N B E R G**

6113 Wattenberg – Bez. INNSBRUCK-Land

TELEFON: 05224 / 52230

FAX: 05224 / 52230-19

E-Mail: [bgm@wattenberg.gv.at](mailto:bgm@wattenberg.gv.at)

immer mehr auf die Aussagen von ErsatzGR Lukas Gstir zurück, der von einem gefälschten Budget spricht.

Es habe zuerst geheißen Grünschnittcontainer kommen weg. Bei einer Besprechung im Ausschuss für Technik und Wirtschaft habe es dann wieder geheißen, wir hätten 3 Grünschnittcontainer. Bis der Bgm. sagte, die Gemeinde habe vier und davon könne man keinen weg tun, weil diese im Sommer laufend übergehen. Dann habe es von Seiten des Ausschussobmannes geheißen, die Container sollen doch bleiben. Heißt dies nun, das Geld wird gestrichen und das Grünschnittangebot bleibt wie bisher aufrecht? Die Taktik sei, dass dies wieder in Überschreitungen endet, die man dann dem Bgm wieder vorwerfen wird. Der Bgm wird den Grünschnitt Abtransport zahlen müssen, und die Listen Zukunft- und Unser Wattenberg marschieren dann wieder zur Staatsanwaltschaft. Man klaubt sich ein paar Tausender zusammen, um bei Verwandten die Einfahrt asphaltieren zu können. Hinterher sagt man, es sei alles etwas teurer als erwartet, und die Gebührenerhöhung kam bei der Bevölkerung nicht so gut an, und daher sei sie nicht so ausgefallen, wie zuerst budgetiert.

Vbgm Thomas Wopfner sagt dazu, die Mittel für die Mahnklage sind für heuer vorgesehen.

GR Josef Steinlechner ergänzt, nur die Kosten für den Rechtsanwalt der Listen Zukunft- und Unser Wattenberg sind vorgesehen. Der Rechtsanwalt, der inzwischen die Gemeinde vertritt, komme inzwischen aus Wien und nicht mehr aus Salzburg. Dies sage er, damit die Bevölkerung auch darüber Bescheid weiß.

Vbgm Thomas Wopfner hält fest, es handle sich um ein laufendes Verfahren. Weiters erklärt er zur Müllgebühr, diese liege unter der Indexanpassung. Beim Wasser habe auch der Bgm. gesagt, dass man eine höhere Gebühr für die Förderungen brauche. Das mache man in drei Schritten. Dies sei verträglich und man brauche diese Förderungen. Die Reduzierung der Grünschnittcontainer hänge vom Bedarf ab. Das habe man immer gesagt.

GR Josef Steinlechner sagt dazu, man habe aber zuvor das Geld dafür gekürzt. GR Rudolf Schmadl habe dem Bgm immer vorgeworfen, er wende die falsche Reihenfolge an. Die falsche Reihenfolge werde jetzt von den Listen Zukunft- und Unser Wattenberg gemacht. Man kürzt zuerst die Mittel und dann wird beschlossen. Der richtige Weg wäre, man fasst zuerst die Beschlüsse und dann werde das Geld kürzt. Dies habe man beim Bgm kritisiert. Die Listen Zukunft- und Unser Wattenberg entferne zuerst das Geld, und die Beschlüsse mache man vielleicht. Was beim Bgm gar nicht geht, geht jetzt bei den Listen Zukunft- und Unser Wattenberg. Beim Wasser ist die Erhöhung massiv. Beim Müll weiß man es nicht so genau, und beim Grünschnitt habe man gekürzt, und die Leistung soll doch gleichbleiben. Er finde dieses Budget nicht so super kaufmännisch, wie es angepriesen wurde.



Gemeindeamt

**W A T T E N B E R G**

6113 Wattenberg – Bez. INNSBRUCK-Land

TELEFON: 05224 / 52230

FAX: 05224 / 52230-19

E-Mail: [bgm@wattenberg.gv.at](mailto:bgm@wattenberg.gv.at)

GRin Christine Bachler habe die Reduzierungen vorliegen. ZB. die Straßen-erhaltung auf die Hälfte zu reduzieren, heißt, man kann nicht einmal die Böschungen mähen. Dies seien wahllose Streichungen ohne Hintergrund.

GV David Steinlechner sagt dazu, man habe die Straßensanierungen konkretisiert. Man habe gewisse Baustellen angesteuert.

GRin Christine Bachler erklärt, die Straßenerhaltung habe mit der Straßensanierung nichts zu tun. Die Straßenerhaltung sind laufende Kosten.

GR Josef Steinlechner erklärt, in den letzten Jahren war immer der gleiche Betrag für die laufende Straßenerhaltung vorgesehen. Dies betrifft zB. Böschung mähen, Straßenkehren usw.. Dies wurde nun reduziert, um das Körpergeld für eine Einfahrt zu sammeln.

GRin Christine Bachler stellt fest, man habe der Finanzverwalterin die Amtsausstattung gestrichen. Sie hätte nur einen haltungsgerechten Schreibtisch benötigt. Die GRin finde dies ignorant, zu sagen, den brauche es nicht.

GR Andreas Mair fragt, wer das gesagt habe.

GRin Christine Bachler stellt fest, die Mittel für Amtsausstattung sind in diesem Budget komplett gestrichen.

GR Rudolf Schmadl sagt, es werde einen Tisch geben.

GRin Christine Bachler findet, man sei nun wieder bei dem Punkt, man streicht zuerst die Mittel im Budget und dann sagt man, es werde den Tisch geben.

Vbgm Thomas Wopfner stellt fest, die Bürgerliste wolle eine PV-Anlage bei Stromkosten von über € 20.000 verhindern, obwohl man weiß, wenn man sie schnell genug baue, spare man sich die Hälfte der Kosten.

GR Josef Steinlechner verwehrt sich dagegen, dass die Bürgerliste eine PV-Anlage verhindern wolle. Es wurde der Bürgerliste von den Listen Zukunft- und Unser Wattenberg nahegebracht, man mache ein PV-Gremium. Man veranstalte ein Sonnenfest und verkaufe Sonnengutscheine und man brauche für diese PV-Anlage kein Geld der Gemeinde. Dann gab es zwei Besprechungen mit diesem PV-Gremium. Obfrau war GRin Patricia Erler. Sie machte eine Projektarbeit mit Energie Tirol und es werde noch vieles Andere, wie zB. Energiegemeinschaft usw. ausgearbeitet. Nach einem Dreivierteljahr hörte man nichts mehr vom Sonnenfest, von den Anteilen der Gemeindebürger\*innen usw. Die PV-Anlage sei dann irgendwann im Ausschuss für Technik und Wirtschaft aufgetaucht und in Folge war es im Budget. Es stimme nicht, dass die Bürgerliste dies verhindern wolle. Er baue in seiner Firma jeden Tag eine PV-Anlage auf irgendein Gebäude. Er frage sich aber, warum man dies nicht richtig machen könne. Man gehe her und beauftrage einen Freund, der nicht einmal ein richtiges Angebot stellt, sondern nur eine Kostenschätzung.



Gemeindeamt

**W A T T E N B E R G**

6113 Wattenberg – Bez. INNSBRUCK-Land

TELEFON: 05224 / 52230

FAX: 05224 / 52230-19

E-Mail: [bgm@wattenberg.gv.at](mailto:bgm@wattenberg.gv.at)

Wenn er dann frage, wo das zweite Angebot sei, dann habe es geheißen, es habe kein anderes mehr gegeben. Wenn frage warum, dann heißt es, man wisse dies nicht. Dies wisse GR Rudolf Schmadl. Dies sei ein Armutszeugnis. Es sei nichts Konkretes am Tisch. Wenn man sagt, dies sei auszuschreiben, weil es im Enddefekt eine Vergabeordnung gibt. Es wurde in der Gemeinde viel vergeben, aber es habe bis heute keine mehrheitliche Vergabe mit einem Angebot gegeben.

Vbgm Thomas Wopfner erklärt, man habe ihnen abgeraten, dies so wie ursprünglich geplant zu finanzieren, weil die Kosten so gering seien. Es hat dazu Ratschläge gegeben. Es hat Gespräche gegeben.

GRin Sylvia Farbmacher stellt fest, dies sei nie kommuniziert worden.

Vbgm Thomas Wopfner sagt, damit sei es für die Gemeinde günstiger, dies in diesem Modell zu machen. Jetzt müsse man ein Planungsbüro beauftragen. Man habe dies verlangt. Es wären drei Angebot vorgelegen. Aus Sicht vom Vbgm wäre dies ausreichend gewesen. Man habe jetzt ein Planungsbüro beauftragt, das die Ausschreibungen machen soll.

GR Josef Steinlechner bleibt dabei, es seien drei Angebote, wie mit Äpfeln mit Birnen verglichen worden. Es liegt jetzt auch kein richtiges Angebot vor. Es liegt nur eine Kostenschätzung vor. Die Listen Zukunft- und Unser Wattenberg sagen, man will eine PV-Anlage bauen. Aber kaufmännisch richtig will man es nicht durchführen. Wenn man einen Auftrag mit nur einem Angebot durchdrücken will, dann ist dies nicht demokratisch. Es hat auch einen Beigeschmack von Freunderlwirtschaft und ist nicht einmal ein Angebot. Es steht „Hallo Rudi“ und es wird mit 18 Stunden gerechnet a € 93,00. Wenn dieser Anbieter 27 Stunden braucht, dann kostet es € 1000 mehr. Es handelt sich um kein Angebot, sondern um eine Kostenschätzung. Wenn er dann als Ausschussmitglied fragt, wo das zweite oder dritte Angebot ist, dann bekomme er keine Antwort. Wenn das der richtige Weg für eine Angebotsabgabe ist, dann wolle er mit den Listen Zukunft- und Unser Wattenberg, für Etwas was Geld kostet, nicht bauen.

Vbgm Thomas Wopfner hält fest, man sei schon mitten in Tagesordnungspunkt 5.

## 5. Antrag § 34 TGO – Beauftragung Planungsleistung – PV-Anlage – Beschlussfassung

GV David Steinlechner berichtet, man habe die Beauftragung der Planungsleistung der PV-Anlage im Ausschuss diskutiert. Es waren nur 3 Mitglieder anwesend. Man war daher beschlussfähig und man habe diskutiert. Man habe zwei im Gemeinderat, die sich mit Elektrotechnik auskennen. Dies sind GR Rudolf Schmadl und GR Josef Steinlechner. Bei Josef Steinlechner habe GV



Gemeindeamt

**W A T T E N B E R G**

6113 Wattenberg – Bez. INNSBRUCK-Land

TELEFON: 05224 / 52230

FAX: 05224 / 52230-19

E-Mail: [bgm@wattenberg.gv.at](mailto:bgm@wattenberg.gv.at)

David Steinlechner festgestellt, dass von ihm nichts komme. Deshalb habe er, um keine Zeit zu verlieren, Rudolf Schmadl gefragt. GR Rudolf Schmadl habe dann die Angebote eingeholt.

GR Josef Steinlechner stellt fest, dass die Ausschussmitglieder die Angebote nicht sehen konnten.

GV David Steinlechner bestätigt dies und meint im Hinblick, GR Josef Steinlechner beschwerte sich, von Ausschussobmann David Steinlechner keine Antwort auf seine per E-Mail gestellten Fragen erhalten zu haben. Er bekomme von GR Josef Steinlechner auch keine Entschuldigung bei Fernbleiben einer Ausschusssitzung.

GR Josef Steinlechner wehrt sich, es war der Ersatz eingeladen und diesem sei etwas dazwischengekommen.

GR Rudolf Schmadl weist den Vorwurf zurück, der Elektroplaner sei ein Freund von ihm. Er habe mit Absicht jemanden vorgeschlagen, mit dem er keine Geschäftsbeziehungen habe. Das Angebot beinhalte einen guten Preis. Er habe diesen Menschen noch niemals zuvor getroffen.

GR Josef Steinlechner meint, wenn GR Rudolf Schmadl den Anbieter nicht kenne, dann sei es für ihn noch verwunderlicher. Dieser Anbieter schreibt, dass er eine Funktionsbeschreibung mache und keine Ausschreibung. Der Anbieter schreibt, es sei eine Kostenschätzung und die Baubesuche werden gesondert verrechnet. Dieses Angebot ist in keiner Weise begrenzt. Es sei offen, wenn dieser Anbieter im Nachhinein € 4.000 koste, könne man gar nichts machen. Wenn dieser Anbieter keine Ausschreibung macht, sondern nur eine Funktionsbeschreibung, dann komme wieder ein Vergleich mit Äpfeln und Birnen heraus. Er kann von seiner Firma sagen, diese errichte derzeit in vielen Gemeinden PV-Anlagen. Man habe es überall geschafft, eine normale Ausschreibung zustande zu bringen. Nur in Wattenberg funktioniere es nicht.

GR Rudolf Schmadl wünschte sich, GR Josef Steinlechner hätte diese Ausführungen in den Ausschusssitzungen dargelegt. In denen habe GR Josef Steinlechner aber nichts gesagt.

GR Josef Steinlechner hält dem entgegen, er sitze nicht da und sage nichts, sondern ihm werde vorgeworfen, er rede zu viel. Er habe zB. immer gesagt, man solle eine ordentliche Ausschreibung machen.

ErsatzGR Lukas Gstir sagt, bei der letzten Sitzung des Ausschusses für Technik und Wirtschaft wurde das Thema PV-Anlage besprochen. Es war aber kein Angebot vorhanden, sondern eine E-Mail, was im Freitext vorgelesen wurde. Dass es kein Angebot gab, gehe ihm ab. Denn so habe man über nichts entscheiden können. Ein Angebot bedeute für ihn, dass darin der Preis konkret



Gemeindeamt

**W A T T E N B E R G**

6113 Wattenberg – Bez. INNSBRUCK-Land

TELEFON: 05224 / 52230

FAX: 05224 / 52230-19

E-Mail: [bgm@wattenberg.gv.at](mailto:bgm@wattenberg.gv.at)

definiert sei. Dies habe er aus dem E-Mail nicht herauslesen können. Er könne auch nicht sagen, ob dies günstig sei, weil ihm der Vergleich fehle.

GR Rudolf Schmadl fragt sich, ob man bei € 2.000 ein Angebot brauche, was man bei höheren Zahlungen nicht brauche.

VbGm Thomas Wopfner erklärt, dass für so kleine Aufträge Firmen nicht anbieten.

GR Josef Steinlechner stellt fest, er bzw. die Bürgerliste wisse nicht, welche Firma noch gefragt wurde, und wer abgelehnt habe. Er kenne viele Firmen, die sofort anbieten würden.

VBGm Thomas Wopfner sagt, GR Josef Steinlechner hätte diese Firmen im Ausschuss aufzählen können.

GR Josef Steinlechner meint dazu, er war im Ausschuss. Man hätte ihn fragen können. Er wolle nicht vorauslaufen, wenn man ihm ständig erklärt, dass es andere besser können. Dann sollen es jene machen, die es besser können. Er finde aber, diese Personen sollen es dann auch richtig machen.

VbGm Thomas Wopfner erklärt, das Bundesvergabegesetz sagt, es brauche hier keine Ausschreibung. Dies wurde von GR Josef Steinlechner nicht akzeptiert.

GR Josef Steinlechner hält fest, dies gehöre richtig ausgeschrieben, weil niemand im Gemeinderat die Kompetenz habe, ein PV-Anlagen Angebot zu vergleichen. Bei einem Auftrag seiner Firma sei auch ein Planungsbüro mit der Ausschreibung betraut gewesen, und dann wurde ein Bestbieter ermittelt.

VbGm Thomas Wopfner hält fest, man mache dies jetzt so, indem man ein Büro beauftrage.

GR Josef Steinlechner findet, das Büro könne dies nicht mit einem dafür fehlenden Angebot machen. Es wäre besser die PV-Anlage langsamer zu planen und es dafür richtig zu machen, als schnell in Angriff zu nehmen und dann dauere es länger, weil es nicht richtig gemacht wurde. Wenn man der Gemeinde etwas Gutes tun will, dann solle es richtig gemacht werden.

GR Rudolf Schmadl hält fest, wenn man auf die Bürgerliste höre, dann habe man die PV-Anlage erst 2025 im Voranschlag.

VbGm Thomas Wopfner bringt den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

**Der Gemeinderat der Gemeinde Wattenberg beschließt die Planungsleistungen für die Errichtung einer PV-Anlage Volksschule an die Firma eHoch 2, Flößerweg 17, 6423 Mötz, mit einem Auftragswert von € 2073,60 brutto zu vergeben. Der Nachweis der Eignung lt. § 46 Abs 3 Bundesvergabegesetz 2018 liegt vor.**



Gemeindeamt

**W A T T E N B E R G**

6113 Wattenberg – Bez. INNSBRUCK-Land

TELEFON: 05224 / 52230

FAX: 05224 / 52230-19

E-Mail: [bgm@wattenberg.gv.at](mailto:bgm@wattenberg.gv.at)

**Ja-Stimmen: 7**

**Nein-Stimmen: 4**

**Enthaltungen: 0**

GRin Christine Bachler erklärt, sie ist dagegen, weil es für sie nicht transparent ist. Es fehle auch die Zusammenarbeit und die Informationen. Es hätte mehrere Möglichkeiten gegeben, um mit dem gesamten Gemeinderat darüber zu reden. Dies hätte sie sehr interessiert. Sie ist für Photovoltaik. Sie betreibe selbst eine und finde es schade, dass so gearbeitet wird.

GR Josef Steinlechner habe auch dagegen gestimmt. Aus den Gründen, die er vorher mehrmals erwähnt hat. Er fragt noch wieviel Kilowatt es werden sollen.

GR Rudolf Schmadl erklärt ca. 50 KW.

GR Josef Steinlechner findet 50 KW sind keine Kleinigkeit. Dies gehöre, so wie in anderen Gemeinden auch, ausgeschrieben, um eine faire Vergabe zu gewährleisten. Unter den derzeitigen Voraussetzungen sei dies nicht möglich.

## 6. Anträge, Anfragen und Allfälliges

GR Josef Steinlechner fragt Vbgm Thomas Wopfner, ob er keinen Beharrungsbeschluss brauche.

Vbgm Thomas Wopfner beantwortet dies mit nein.

GR Rudolf Schmadl meint, diesen müsse der Bgm. einfordern, wenn er einen Beschluss nicht umsetzen will.

GR Josef Steinlechner entgegnet, dies stimme nicht. Einen Beharrungsbeschluss muss der Bgm einfordern, wenn er der Meinung ist, ein gefasster Beschluss ist rechtswidrig. Dies heiße somit, wenn es keinen Beharrungsbeschluss gibt, dann sind die Listen Zukunft- und Unser Wattenberg eindeutig der Meinung, was heute beschlossen wird, ist nicht rechtswidrig.

GR Rudolf Schmadl und Vbgm Thomas Wopfner bestätigen, man ist sich sicher, alles rechtens beschlossen zu haben.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, schließt Vbgm Thomas Wopfner die Sitzung.

**F.d.R.d.A.:**

**Der Bürgermeister:**

**2 Gemeinderäte:**